



Provisorisches Beschluss-Protokoll

der 17. und 18. Sitzung, Amtsjahr 2018-2019

Mittwoch, den 27. Juni 2018, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Remo Gallacchi, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Alexandra Suter, II. Ratssekretärin

Abwesende:

27. Juni 2018, 09:00 Uhr
17. Sitzung *André Auderset (LDP), Beda Baumgartner (SP), Peter Bochslar (FDP),
Edibe Gölgeli (SP), Ursula Metzger (SP).*

27. Juni 2018, 15:00 Uhr
18. Sitzung *André Auderset (LDP), Beda Baumgartner (SP), Peter Bochslar (FDP),
Edibe Gölgeli (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|-----|---|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 3 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 3 |
| 3. | Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Felix Wehrli, SVP) | 4 |
| 4. | Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Beat K. Schaller, SVP) | 5 |
| 5. | Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021 | 5 |
| 6. | Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021 | 6 |
| 7. | Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Richterin am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021 | 7 |
| 8. | Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2017 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2017 der fünf kantonalen Museen | 7 |
| 9. | Kantonale Volksinitiative "Für eine Kantonale Behindertengleichstellung" – Zwischenbericht – Antrag auf Fristverlängerung | 10 |
| 10. | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Anpassung der Traminfrastruktur auf der Achse der Tramlinien 15 und 16 auf dem Bruderholz im Zuge von Sanierungsmaßnahmen | 10 |
| 11. | Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ausgabenbericht "Kundenfreundliche Denkmalpflege" (monuments.bs). Ausgabenbewilligung für eine neue Informatiklösung | 12 |
| 12. | Rahmenausgabenbewilligungen für bauliche Massnahmen zur Umsetzung der Schulharmonisierung und zum Ausbau der Tagesstrukturen. Zweiter Bericht über die bisherige Mittelverwendung | 13 |
| 13. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P332 "Für eine wöchentliche Abfuhr von Bio-Abfällen" | 13 |

14.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P341 "Öffnungszeiten Boulevard Rheingasse"	14
15.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P351 "Für eine belebte Altstadt Kleinbasel"	14
16.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P367 "Grüner Landskronhof"	15
17.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P381 "Für eine Aufenthaltsbewilligung für Mönch Jacob Lalu"	15
18.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Aufhebung der sogenannten ewigen Probezeit bei Lehrpersonen 2.0	15
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend Bewilligungspraxis von Food Trucks sowie Salome Hofer und Konsorten betreffend mobile Beizen für eine lebendige Innenstadt Basel	15
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Talha Ugur Camlibel und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit an der Hochbergerstrasse	16
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Generationenfonds	16
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend elektronische Zeiterfassung mittels Erfassungsgeräten	16
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Leonhard Burckhardt und Konsorten betreffend kulturellem Austausch mit der Migrationsbevölkerung in Basel	17
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	18
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	20
	Anhang C: Neue Vorstösse	23

Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 27. Juni 2018, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[27.06.18 09:01:38, GMT]

Mitteilungen

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Letzte Sitzung Dominique König-Lüdin

Dominique König-Lüdin hat als Mitglied des Grossen Rates auf Ende Juni den Rücktritt erklärt.

Dominique König-Lüdin gehörte dem Rat seit Februar 2005 an. Sie war ebenfalls seit diesem Datum bis Januar 2013 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und vom Februar 2009 bis zum Januar 2013 deren Präsidentin. Neben der GPK war Dominique König-Lüdin vom Februar 2016 bis Juni 2018 Mitglied in der UVEK sowie seit Februar 2017 Mitglied in der Disziplinarkommission.

Wie die meisten von Ihnen wissen, war Dominique König-Lüdin vom Februar 2012 bis Ende Januar 2017 Mitglied im Ratsbüro und in dieser Funktion auch Präsidentin des Grossen Rates im Amtsjahr 2016/2017. Wir verlieren mit Dominique-König eine sehr erfahrene Politikerin und Altgrossratspräsidentin.

Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste.

[Applaus]

Dominique König wird aus Anlass ihrer letzten Sitzung des Grossen Rates heute Mittwoch Morgen den Kaffee spendieren. Dafür bedanke ich mich im Namen des Grossen Rates ganz herzlich.

Neue Mitarbeiterin im Parlamentsdienst

Das Ratsbüro hat Frau Rebecca Braun als Nachfolgerin von Eva Gschwind als Kommissionssekretärin der Regiokommission mit einem Pensum von 30% gewählt.

Frau Braun wird ihre Stelle nach den Sommerferien antreten.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Dringliche Behandlung und Terminierung von Geschäften

Sie haben in den letzten Tagen zwei Nachrichten erhalten, welche im Zusammenhang mit der dringlichen Traktandierung eines Berichtes stehen. Es geht dabei um das weitere Verfahren bzgl. der Volksinitiative „Zämme fahre mer besser“.

Weitere vertiefte rechtliche Abklärungen haben nun ergeben, dass der erstmalige Entscheid des Grossen Rates über das weitere Verfahren der Initiative gültig bleibt und die Frist, welche die Regierung zur Berichterstattung erhalten hat, gemäss Art. 24 lit.a Abs. 3 IRG lediglich sistiert wurde und mit Erwasen der Rechtskraft des Urteils am 28. April 2018 weiter läuft. Damit wird der Grosse Rat nicht noch einmal über das weitere Verfahren befinden. Der Bericht Nr. 17.0552.03 wird zurückgezogen.

Ich entschuldige mich für die damit entstandenen Umtriebe.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[27.06.18 09:05:05, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

3. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Felix Wehri, SVP)

[27.06.18 09:05:33, WA1]

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 564, 27.06.18 09:06:39]

Die Fraktion SVP nominiert Beat K. Schaller (SVP) als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission. Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SVP lauten.

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Abstimmung

Wahl von Beat K. Schaller
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 565, 27.06.18 09:08:09]

Der Grosse Rat wählt

Beat K. Schaller als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Beat K. Schaller, SVP)

[27.06.18 09:08:48, WAH]

Die Fraktion SVP nominiert Gianna Hablützel-Bürki (SVP) als Mitglied der Regiokommission.
Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SVP.

Abstimmung

Wahl von Gianna Hablützel-Bürki
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 566, 27.06.18 09:09:42]

Der Grosse Rat wählt

Gianna Hablützel-Bürki als Mitglied der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021

[27.06.18 09:10:15, WVKo, 18.5069.02, WVK]

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt mit ihrem Bericht 18.5069.02, Lorenz Aenis als Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsperiode 2016 - 2021 zu wählen.

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 5 bis 7 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen (Zweidrittelmehr)
JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 567, 27.06.18 09:11:26]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen bei den Traktanden 5 bis 7 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Eine inhaltliche Diskussion über Kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 568, 27.06.18 09:12:58]

Der Grosse Rat beschliesst

Anstelle des zurückgetretenen Manfred Baumgartner wird als Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2021 gewählt:

Lorenz Aenis, geb. 1984, 4054 Basel

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021

[27.06.18 09:13:30, WVKo, 18.5127.02, WVK]

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt mit ihrem Bericht 18.5127.02, Rolf von Aarburg als Richter am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsperiode 2016 - 2021 zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über Kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 569, 27.06.18 09:14:52]

Der Grosse Rat beschliesst

Anstelle des zurückgetretenen Remo Ley wird als Richter am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2021 gewählt:

Rolf von Aarburg, geb. 1953, 4126 Bettingen

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Richterin am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021

[27.06.18 09:15:29, WVKo, 18.5134.02, WVK]

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt mit ihrem Bericht 18.5134.02, Tiziana Conti als Richterin am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsperiode 2016 - 2021 zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über Kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 570, 27.06.18 09:16:42]

Der Grosse Rat beschliesst

Anstelle der zurückgetretenen Sarah Khan wird als Richterin am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2021 gewählt:

Tiziana Conti, geb. 1988, 4058 Basel

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2017 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2017 der fünf kantonalen Museen

[27.06.18 09:17:15, FKom, 18.5194.01, HGR]

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2017 zu genehmigen.

Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt.

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission Seiten 1 - 21 und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Vizepräsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen der Vorsitzende des Gerichtsrates, die Finanzdirektorin und die Präsidentin des Regierungsrates, anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und dann die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten haben die beiden Mitglieder des Regierungsrates, der Vorsitzende des Gerichtsrates sowie die Vizepräsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung.

Zu den Gerichten spricht der Präsident des Gerichtsrates.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 45 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Voten: *Patrick Hafner, Präsident FKom; Franziska Reinhard (Vizepräsidentin BKK); RR Eva Herzog, Vorsteherin FD; Luca Urgese (FDP); Beatriz Greuter (SP); Jürg Stöcklin (GB); Alexander Gröflin (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Thomas Gander (SP); Alexander Gröflin (SVP)*

Voten: *Patricia von Falkenstein (LDP); Balz Herter (CVP/EVP); Kaspar Sutter (SP); David Wüest-Rudin (fraktionslos); Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD; RR Eva Herzog, Vorsteherin FD; Stephan Wullschleger, Präsident des Gerichtsrates; Patrick Hafner, Präsident FKom*

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen.
Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung

Wir kommen damit zur Detailberatung des Berichts der Finanzkommission
Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 - 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission.
Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Bei jedem Departement erhalten zuerst die Vorsteherin oder der Vorsteher des jeweiligen Departements das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates. Bei den Gerichten spricht anstelle des Regierungsrates der Präsident des Gerichtsrates.

Allgemeine Bemerkungen

Kapitel 1 bis 4 des Berichts der Finanzkommission
sowie des Jahresberichts des Regierungsrates ausser Kapitel 4.2 (Departemente)

Präsidialdepartement

Keine Bemerkungen

Bau- und Verkehrsdepartement

Keine Bemerkungen

Erziehungsdepartement

Voten: *Sarah Wyss (SP); Beatrice Messerli (GB); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

Zwischenfragen

Voten: *Sarah Wyss (SP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Sibylle Benz (SP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

Finanzdepartement

Keine Bemerkungen

Gesundheitsdepartement

Keine Bemerkungen

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Voten: *Tanja Soland (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Tanja Soland (SP)*

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Keine Bemerkungen

Gerichte

Keine Bemerkungen

Behörden und Parlament

Keine Bemerkungen

Regierungsrat

Keine Bemerkungen

Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen.

Wir kommen damit noch zur Detailberatung des Mitberichts der Bildungs- und Kulturkommission

Globalbudget Museen

Keine Bemerkungen

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung 2017 und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2017 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende letzten Jahres zu genehmigen.

Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

Schlussabstimmung

über die Jahresrechnung

JA heisst Zustimmung zur Jahresrechnung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 571, 27.06.18 11:26:25]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2017 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2017

Betriebsergebnis Fr. 14'422'897

Finanzergebnis Fr. 236'277'909

Gesamtergebnis Fr. 250'700'806

Bilanz per 31. Dezember 2017

Total Finanzvermögen Fr. 5'555'741'630

Total Verwaltungsvermögen Fr. 6'064'960'627

Total Aktiven Fr. 11'620'702'257

Total Fremdkapital Fr. -7'470'497'046

Total Eigenkapital Fr. -4'150'205'211

Total Passiven Fr. -11'620'702'257

Investitionsrechnung 2017

Ausgaben Fr. -512'567'619

Einnahmen Fr. 87'964'893

Saldo Investitionsrechnung Fr. -424'602'726

Die Geldflussrechnung 2017, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2017 und der Anhang zur Jahresrechnung 2017 (Kapitel 3.4 bis 3.6 des Jahresberichts 2017) werden genehmigt.

9. Kantonale Volksinitiative “Für eine Kantonale Behindertengleichstellung” – Zwischenbericht – Antrag auf Fristverlängerung

[27.06.18 11:26:48, WSU, 17.1511.02, RZI]

Der Regierungsrat beantragt, die Volksinitiative “Für eine Kantonale Behindertengleichstellung” die Weiterbehandlung und damit die Frist bis spätestens 31. Januar 2019 auszustellen, bis der Bericht und Ratschlag des Regierungsrates vorliegt.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist bis 31. Januar 2019 zu verlängern.

10. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Anpassung der Traminfrastruktur auf der Achse der Tramlinien 15 und 16 auf dem Bruderholz im Zuge von Sanierungsmassnahmen

[27.06.18 11:28:02, UVEK, BVD, 18.0411.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragt mit ihrem Bericht 18.0411.02, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 23'621'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident UVEK; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD*

Erich Bucher (FDP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat sowie ein obligatorisches Referendum.

Schluss der 17. Sitzung

11:58 Uhr

Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 27. Juni 2018, 15:00 Uhr

Voten: *Michael Koechlin (LDP); Joël Thüring (SVP); Dominique König-Lüdin (SP); Raphael Fuhrer (GB); Roland Lindner (SVP); David Jenny (FDP)*

Zwischenfragen

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD; David Jenny (FDP); Michael Wüthrich, Präsident UVEK; David Jenny (FDP)*

Voten: *Oswald Inglin (CVP/EVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP); Beat Leuthardt (GB); Georg Mattmüller (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Georg Mattmüller (SP)*

Voten: *Jörg Vitelli (SP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD; Raoul Furlano (LDP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD*

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident UVEK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst nicht Rückweisung

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 52 Nein, 6 Enthaltungen. [*Abstimmung # 572, 27.06.18 16:14:16*]

Der Grosse Rat beschliesst

das Geschäft **keine** nicht zurückzuweisen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz alinea 1 - 8

Publikations- und Referendums Klausel

Voten: *Dominique König-Lüdin (SP)*

Abstimmung

Antrag Erich Bucher obligatorisches Referendum

JA heisst obligatorisches Referendum, Nein heisst kein obligatorische Referendum

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 53 Nein, 6 Enthaltungen. [*Abstimmung # 573, 27.06.18 16:16:54*]

Der Grosse Rat beschliesst

kein obligatorisches Referendum

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 23 Nein, 9 Enthaltungen. [*Abstimmung # 574, 27.06.18 16:18:53*]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 23'621'000 bewilligt für die Anpassung an die gesetzlichen und verkehrstechnischen Vorgaben und zur Aufwertung des Strassenraumes im Zusammenhang mit der "Gesamterneuerung der Traminfrastruktur Bruderholz" im Rahmen anstehender Erhaltungsmassnahmen an Schiene, Werkleitungen, Abwasserableitungsanlagen sowie Strasse. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 2'655'000 neue Ausgaben für die bauliche Umsetzung der Haltestellen zugunsten des öffentlichen Verkehrs, zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich „öffentlicher Verkehr“.

- Fr. 580'000 neue Ausgaben für die baulichen Massnahmen der Gleisanlagen zugunsten des öffentlichen

Verkehrs als Darlehen an die BVB.

- Fr. 800'000 neue Ausgaben für den Einbau von Schienenkopfbenezungsanlagen als Darlehen an die BVB.
- Fr. 485'000 für einmalige Betriebsaufwendungen der BVB für den Trammersatz Baustellenverkehr zulasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Globalbudgets Öffentlicher Verkehr.
- Fr. 1'000 als Entwicklungsbeitrag für die Bäume und Vegetationsflächen für die ersten fünf Jahre nach der Fertigstellung, zulasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.
- Fr. 355'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Strasse gemäss dem heutigen Standard, zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strasse.
- Fr. 185'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Abwasserableitungsanlagen gemäss dem heutigen Standard, zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen.
- Fr. 18'560'000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Gleisanlagen gemäss dem heutigen Standard, zulasten Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Gleisanlage als Darlehen an die BVB.

Die gebundenen Ausgaben können vom Regierungsrat auch dann realisiert werden, wenn der Grosse Rat oder das Volk die Finanzierung des Gesamtprojektes ablehnen würde.

Für den Kostenanteil des Bundes (Mitfinanzierung Agglomerationsprojekte) zum Gesamtprojekt tritt der Kanton in Vorleistung, weshalb der Anteil des Bundes Teil des Ratschlags ist. Bei den genannten Beträgen handelt es sich entsprechend um Bruttobeträge. Die vom Bund gesprochenen Gelder werden dem Projekt nachträglich gutgeschrieben und den jeweiligen Positionen anteilmässig in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

11. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ausgabenbericht “Kundenfreundliche Denkmalpflege” (monuments.bs). Ausgabenbewilligung für eine neue Informatiklösung

[27.06.18 16:19:28, BRK, BVD, 18.0071.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission (BRK) beantragt mit ihrem Bericht 18.0071.02, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 790'000 zu bewilligen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK; Michael Koechlin (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigiger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 575, 27.06.18 16:26:40]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für das Projekt Kundenfreundliche Denkmalpflege (monument.bs) werden einmalige Ausgaben in der Höhe von Fr. 790'000 bewilligt zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich “Informatik”.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Rahmenausgabenbewilligungen für bauliche Massnahmen zur Umsetzung der Schulharmonisierung und zum Ausbau der Tagesstrukturen. Zweiter Bericht über die bisherige Mittelverwendung

[27.06.18 16:26:56, BRK, BVD, 17.1811.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend Kenntnisnahme.

13. Bericht der Petitionskommission zur Petition P332 “Für eine wöchentliche Abfuhr von Bio-Abfällen“

[27.06.18 16:32:22, PetKo, 14.5650.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P332 (14.5650) zur Stellungnahme innert drei Monaten an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Tonja Zürcher, Präsidentin PetKo; Barbara Wegmann (GB); Sarah Wyss (SP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P332 (14.5650) zur Stellungnahme innert drei Monaten an den Regierungsrat zu **überweisen**.

14. Bericht der Petitionskommission zur Petition P341 “Öffnungszeiten Boulevard Rheingasse”

[27.06.18 16:38:38, PetKo, 15.5454.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P341 (15.5454) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Tonja Zürcher Präsidentin PetKo*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P341 (15.5454) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

15. Bericht der Petitionskommission zur Petition P351 “Für eine belebte Altstadt Kleinbasel”

[27.06.18 16:41:52, PetKo, 16.5405.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P351 (16.5405) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Tonja Zürcher Präsidentin PetKo; Sebastian Kölliker (SP)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P351 (16.5405) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

16. Bericht der Petitionskommission zur Petition P367 "Grüner Landskronhof"

[27.06.18 16:44:31, PetKo, 17.5146.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P367 (17.5146) als erledigt zu erklären.

Voten: *Tonja Zürcher, Präsidentin PetKo*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P367 (17.5146) ist **erledigt**.

17. Bericht der Petitionskommission zur Petition P381 "Für eine Aufenthaltsbewilligung für Mönch Jacob Lalu"

[27.06.18 16:47:59, PetKo, 18.5133.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P381 (18.5133) als erledigt zu erklären.

Voten: *Tonja Zürcher, Präsidentin PetKo*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P381 (18.5133) ist **erledigt**.

18. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Aufhebung der sogenannten ewigen Probezeit bei Lehrpersonen 2.0

[27.06.18 16:49:27, ED, 18.5058.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 18.5058 zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Voten: *Beatrice Messerli (GB); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 18.5058 ist **erledigt**.

19. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend Bewilligungspraxis von Food Trucks sowie Salome Hofer und Konsorten betreffend mobile Beizen für eine lebendige Innenstadt Basel

[27.06.18 16:51:39, BVD, 16.5024.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge 16.5024 und 16.5353 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Anzüge **abzuschreiben**.

Die Anzüge 16.5024 und 16.5353 sind **erledigt**.

20. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Talha Ugur Camlibel und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit an der Hochbergerstrasse

[27.06.18 16:52:24, BVD, 14.5176.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 14.5176 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 14.5176 ist **erledigt**.

21. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Generationenfonds

[27.06.18 16:53:02, FD, 16.5180.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5180 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 16.5180 ist **erledigt**.

22. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend elektronische Zeiterfassung mittels Erfassungsgeräten

[27.06.18 16:53:43, FD, 16.5221.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5221 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 16.5221 ist **erledigt**.

23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Leonhard Burckhardt und Konsorten betreffend kulturellem Austausch mit der Migrationsbevölkerung in Basel

[27.06.18 16:54:18, PD, 16.5127.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5127 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 16.5127 ist **erledigt**.

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Wir haben einen aussergewöhnlichen Juni gehabt mit nur zwei Sitzungstagen. Ich danke Ihnen für die erste Sitzung ohne Stichentscheid. Ein Hinweis auf den Herbst. Es kommen grössere Geschäfte. Tragen Sie sich jetzt schon die Nachtsitzungen ein. Ich wünsche Ihnen schönen Sommerferien und wir sehen uns im September wieder.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Heinrich Ueberwasser betreffend Machbarkeit eines trinationalen Formel E-Rennens im Kanton Basel-Stadt (Basel und Riehen) und im Gebiet des Trinationalen Eurodistricts Basel TEB (Nr. 18.5229.01)
- Sibylle Benz betreffend in Basel erarbeitete Projekte zum Erstspracherwerb (Nr. 18.5230.01)
- Patricia von Falkenstein betreffend Fernbus-Haltestelle und Ein- und Ausstiegszone (analog derjenigen auf der Abflugebene des EuroAirports) an der Meret Oppenheim-Strasse (Nr. 18.5231.01)
- Joël Thüring betreffend Kosten der Poller-Pilotanlage Spalenberg (Nr. 18.5232.01)
- Beatrice Isler betreffend Kunst am Bau (Nr. 18.5234.01)
- Lisa Mathys betreffend Beflaggung resp. Fahnenkonzept (Nr. 18.5235.01)
- David Wüest-Rudin betreffend Benachteiligung von Buben/Männern im Schulsystem (Nr. 18.5244.01)

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 18. Sitzung

16:58 Uhr

Basel, 27. Juni 2018

Remo Gallacchi
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 564 - 575	564	565	566	567	568	569	570	571	572	573	574	575
1	Dominique König-Lüdin (SP)	J	J	J	A	J	J	J	J	N	N	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
3	Tim Cuénod (SP)	A	A	A	A	J	J	J	J	N	N	J	J
4	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
5	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
6	René Brigger (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
7	Barbara Heer (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
8	Ursula Metzger (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	N	N	J	J
9	Lisa Mathys (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
10	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J
11	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	E	J
12	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	A	J	J	J	J	J	J	N	J
13	Stephan Schiesser (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
14	Catherine Alioth (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	E	E	J
15	Patrick Hafner (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A	J
17	Gianna Hablützel (SVP)	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J	N	J
18	Pascal Messerli (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
19	Michael Wüthrich (GB)	J	E	J	J	J	J	E	J	N	N	J	A
20	Daniel Spirgi (GB)	J	E	J	J	J	J	E	J	N	N	J	J
21	Barbara Wegmann (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
22	Christophe Haller (FDP)	A	J	J	A	A	A	A	J	J	J	N	A
23	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	A
24	Erich Bucher (FDP)	J	J	J	J	A	J	J	J	J	J	N	J
25	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J
26	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	A	A	A	A
27	Aeneas Wanner (fraktionslos)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	A
28	Nicole Amacher (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	A
29	Beda Baumgartner (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
30	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	A	A	A	A
31	Leonhard Burckhardt (SP)	J	A	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
32	Jörg Vitelli (SP)	J	A	A	J	J	J	J	J	N	N	J	J
33	Toya Krummenacher (SP)	A	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
34	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
35	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	J	J	A	J	N	N	J	J
36	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
37	Kaspar Sutter (SP)	A	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
38	Stephan Luethi (SP)	A	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	A
39	Claudio Miozzari (SP)	J	J	J	J	J	J	J	A	N	N	J	J
40	Alexandra Dill (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
41	Oliver Bolliger (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
42	Beatrice Messerli (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
43	Raphael Fuhrer (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J
44	Jürg Stöcklin (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	A	N	J	J
45	Lea Steinle (GB)	J	J	J	J	J	J	J	A	N	N	J	J
46	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	A
47	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
48	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	A
49	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	E	J
50	Beat K. Schaller (SVP)	J	E	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J
51	Heiner Vischer (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	E	J	J
52	Thomas Mury (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	A	N	J	J

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Kantonale Volksinitiative „Für eine Kantonale Behindertengleichstellung“ – Zwischenbericht		WSU	17.1511.02
2.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021	WVKo		18.5069.02
3.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021	WVKo		18.5127.02
4.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016-2021	WVKo		18.5134.02
5.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Anpassung der Traminfrastruktur auf der Achse der Tramlinien 15 und 16 auf dem Bruderholz im Zuge von Sanierungs-massnahmen	UVEK	BVD	18.0411.02
6.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ausgabenbericht Kundenfreundliche Denkmalpflege (monuments.bs). Ausgabenbewilligung für eine neue Informatiklösung	BRK	BVD	18.0071.02
7.	Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2017 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2017 der fünf kantonalen Museen	FKom/BKK		18.5194.01
8.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P332 „Für eine wöchentliche Abfuhr von Bio-Abfällen“	PetKo		14.5650.03
9.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P341 „Öffnungszeiten Boulevard Rheingasse“	PetKo		15.5454.03
10.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P351 „Für eine belebte Altstadt Kleinbasel“	PetKo		16.5405.03
11.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P367 „Grüner Landskronhof“	PetKo		17.5146.03
12.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P381 „Für eine Aufenthaltsbewilligung für Mönch Jacob Lalu“	PetKo		18.5133.02
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Leonhard Burckhardt und Konsorten betreffend kulturellem Austausch mit der Migrationsbevölkerung in Basel		PD	16.5127.02
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend elektronische Zeiterfassung mittels Erfassungsgaräten		FD	16.5221.02
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Conradin Cramer und Konsorten betreffend Generationenfonds		FD	16.5180.02
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Talha Ugur Camlibel und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit an der Hochbergerstrasse		BVD	14.5176.03
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend Bewilligungspraxis von Food Trucks sowie Salome Hofer und Konsorten betreffend mobile Beizen für eine lebendige Innenstadt Basel		BVD	16.5024.02 16.5353.02
18.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Aufhebung der sogenannten ewigen Probezeit bei Lehrpersonen 2.0		ED	18.5058.02
Überweisung an Kommissionen				
19.	Ratschlag betreffend Anpassung des Bau- und Planungsgesetzes (BPG) sowie des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz	BRK	BVD	18.0600.01

20.	Ausgabenbericht Investitionsbeitrag an die Instandstellung der Kirche Johannes Bosco Basel	BRK	FD	18.0584.01
21.	Ratschlag Feuerwache Lützelhof und Einsatzzentrale Rettung, Kornhausgasse. Ausgabenbewilligung für die Realisierung	JSSK	BVD	18.0681.01
22.	Ratschlag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Achse Burgfelderstrasse-Missionsstrasse-Spalenvorstadt im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie Bericht zu einem Anzug	UVEK	BVD	18.0443.01 08.5297.06
23.	Ratschlag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur Umgestaltung der Tramhaltestellen in der Hardstrasse	UVEK	BVD	18.0462.01
24.	Petition P384 "Für einen kindgerechten Pausenplatz auf dem Schulareal Lysbüchel"	PetKo		18.5220.01
25.	Schweizerische Rheinhäfen – Orientierung über das Geschäftsjahr 2017 gemäss § 36 Abs. 2 Rheinhafen-Staatsvertrag	IGPK Rheinhäfen	WSU	18.0616.01
26.	Bericht betreffend Berichterstattung der Fachhochschule Nordwestschweiz /FHNW) über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2017	IPK FHNW	ED	18.0676.02

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

27.	Anzüge:			
1.	Kaspar Sutter und Konsorten betreffend flächendeckendes Angebot an Tagesstrukturen			18.5206.01
2.	Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend ETH-Studio Basel			18.5224.01
3.	David Jenny und Konsorten betreffend systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt			18.5225.01
4.	Finanzkommission betreffend Aufhebung der Koppelung des Headcount der Sozialhilfe Basel an die Fallzahlen			18.5226.01
28.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Ausarbeitung einer kantonalen Biodiversitäts-Strategie und einem daraus abgeleiteten Aktionsplan Biodiversität für den Kanton Basel-Stadt		BVD	18.5028.02
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Heer und Konsorten betreffend Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund sowie Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Staatsvertrag, grenzüberschreitende ÖV-Linien und Prüfung eines gemeinsamen Transportunternehmens		BVD	07.5211.06 12.5051.04
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Nora Bertschi und Konsorten betreffend Basel-Stadt wird Fair Trade Town		PD	15.5029.03

Kenntnisnahme

31.	Rücktritt von Felix Wehrli als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission per 27. Juni 2018			18.5204.01
32.	Rücktritt von Beat K. Schaller als Mitglied der Regiokommission per 26. Juni 2018			18.5221.01
33.	IWB Industrielle Werke Basel: Information zur Rechnung 2017		WSU	18.0503.01
34.	Jahresbericht 2017 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH)	IGPK IPH		18.5205.01
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Photovoltaikkraftwerk über der Autobahn in der Breite (stehen lassen)		WSU	09.5266.05
36.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Splittkisten		BVD	18.5099.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Tonja Zürcher betreffend Polizeirepression im Rahmen einer bewilligten Demonstration		JSD	18.5092.02

38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Stephan Luethi-Brüderlin betreffend Stromausfall im St. Jakob-Park am 3. März 2018	FD	18.5089.02
39.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Franziska Roth betreffend heilpädagogische Früherziehung im Kanton Solothurn	ED	18.5093.02
40.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christian Griss betreffend Sinnhaftigkeit einer Druckversion und Aktualität des Staatskalenders Basel-Stadt	PD	18.5088.02
41.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatrice Isler betreffend Robi-Spiel-Aktionen – wie weiter?	ED	18.5091.02
42.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Danielle Kaufmann betreffend Rollen und Ressourcen der Schulleitungen in der Volksschule	ED	18.5094.02
43.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sasha Mazzotti betreffend Finanzierung der Schulkulturprojekte und Theaterbesuche	ED	18.5098.02
44.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Claudio Miozzari betreffend Voltahalle	WSU	18.5090.02

Anhang C: Neue Vorstösse

Anzüge

1. Anzug betreffend flächendeckendes Angebot an Tagesstrukturen

18.5206.01

In den letzten Jahren wurde das mengenmässige Angebot an Tagesstruktur-Plätzen in der Stadt Basel sukzessive erhöht. Zudem werden ab dem Schuljahr 19/20 drei Tagesstrukturen in den Ferien geöffnet. Dies ist sehr begrüssenswert. Die geographische Abdeckung ist aber nach wie vor äusserst lückenhaft, denn noch immer gibt es bei der Primarschule Sevogel keine Tagesstruktur und auch sehr viele Kindergärten sind noch nicht an die Tagesstrukturen oder einen Mittagstisch angeschlossen.

Gemäss Liste des Erziehungsdepartements Basel-Stadt vom 30. August 2017 gibt es in Basel 183 Kindergärten an 135 Standorten. Von diesen Standorten sind 50% an eine Tagesstruktur angeschlossen, 10% sind an einen privaten Mittagstisch angehängt und 40%, also 53 Standorte, verfügen über kein Angebot. Lücken gibt es vor allem im Gellert beim Standort Sevogel, im Klybeck, im hinteren Matthäus, im hinteren Neubad, rund ums Felix Platter-Spital, an der Hochbergstrasse in Kleinhüningen und beim Schulstandort Thierstein.

Dies führt zu einer starken Ungleichbehandlung der Eltern und Kinder in Basel: Glück haben Eltern, die bei einem Kindergarten mit Tagesstruktur-Angebot wohnen, Pech haben die anderen. Ihre Kinder müssen dann in einen quartierfernen Kindergarten, die Kinder werden weiterhin durch die teurere Krippe betreut oder ein Elternteil verzichtet auf Erwerbsarbeit um die Kinder selber zu betreuen. Diese Ungleichbehandlung der Familien soll mit einer besseren geographischen Abdeckung des Tagesstruktur-Angebots an Kindergärten sukzessiv reduziert werden. Aus diesem Grund fordert dieser Anzug die Anbindung aller Kindergärten an eine Tagesstruktur oder Mittagstisch innert fünf Jahren. Anbindungen sind in den meisten Fällen mittels Abholdienst relativ einfach zu realisieren.

Eltern sind darauf angewiesen zu wissen, bei welchen Kindergärten es ein Tagesstruktur-Angebot gibt und an welchen nicht. Zudem unterliegt das Handeln des Erziehungsdepartements dem Öffentlichkeitsprinzip. Die Liste der Kindergärten mit Tagesstrukturangeboten ist deshalb zu veröffentlichen.

Wir fordern den Regierungsrat auf:

1. Spätestens ab dem Schuljahr 2020/21 beim Schulhaus Sevogel eine Tagesstruktur anzubieten.
2. Die Liste mit allen Tagesstruktur-Angeboten für Kindergärten jährlich zu veröffentlichen.
3. Mit jedem kommenden Schuljahr zehn weitere Kindergarten-Standorte an eine Tagesstruktur oder Mittagstisch anzubinden.
4. Bis ins Schuljahr 2023/24 alle Kindergarten-Standorte an ein Tagesstruktur- oder Mittagstisch-Angebot anzubinden.

Kaspar Sutter, Beatrice Isler, Sasha Mazzotti, Thomas Gander, Katja Christ, Franziska Roth, Lisa Mathys, Stephan Luethi-Brüderlin, Claudio Miozzari, Alexandra Dill, Beatrice Messerli, Michelle Lachenmeier, Lea Steinle, Tanja Soland, Martina Bernasconi

2. Anzug betreffend ETH-Studio Basel

18.5224.01

Wie der Basler Zeitung (<https://bazonline.ch/kultur/architektur/herver-verlust-fuer-die-architekturstadt/story/18325634>) und der TagesWoche (<https://tageswoche.ch/kultur/eth-studio-der-basler-stararchitekten-ist-bald-geschichte/>) zu entnehmen ist, schliesst das ETH-Studio Basel bald. Dies ist sehr zu bedauern: Basel zählt - mit guten Gründen - als "Architekturstadt" und das ETH-Studio Basel war bei Studentinnen und Studenten auch sehr beliebt. Anscheinend war die Universität Basel an einer Weiterführung bzw. Übernahme des ETH-Studios Basel interessiert, liess aber davon ab.

Zurzeit bietet die Universität Basel den kleinen Fachbereich "Urban Studies" mit einem Masterstudiengang und einem Doktoratsprogramm an.

Es wäre für den Kanton Basel-Stadt und die Region Basel sehr wünschenswert, wenn die Arbeit am ETH-Studio Basel weitergeführt oder eine Anschlusslösung gefunden werden könnte. Deshalb bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob und wie das ETH-Studio Basel bestehen bleiben könnte;
- ob und wie die Universität Basel eine Anschlusslösung für das ETH-Studio Basel bieten könnte;
- ob und wie der Fachbereich "Urban Studies" langfristig gesichert oder ein Teil eines ausgebauten Architekturstudiumsangebots werden könnte.

Sebastian Kölliker, Franziska Reinhard, Catherine Alioth, Stephan Mumenthaler, Oswald Inglin, Beatrice Messerli, Lea Steinle, Pascal Messerli, Jeremy Stephenson, Katja Christ

3. Anzug betreffend systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt

18.5225.01

Unser Kanton zählt in vielen Gremien, von strategischen Führungsgremien der Spitäler, der BVB und der BKB über Rekurskommissionen, Kommissionen wie die Stadtbildkommission oder Museumskommission oder die Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft, um nur beispielhaft einige zu nennen, auf das Engagement und Fachwissen zahlreicher Personen. Diese werden für ihre Dienste höchst unterschiedlich entschädigt.

Leitmotiv der Vergütungspraxis ist bei vielen Gremien offensichtlich noch immer das "nobile officium", die Entschädigungen bewegen sich eher im symbolischen Bereich, vielleicht aufgerundet durch ein gelegentliches Nachessen. Für andere Gremien, insbesondere Verwaltungsräte von Spitälern, der BVB, der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel und dem Bankrat der BKB, sind die Vergütungen deutlich marktnäher festgesetzt: die Erwartung, es bestehe auch ein ehrenamtlicher Anteil, scheint dort nicht gegeben zu sein. Werden die Anforderungen an Fachwissen, Führungserfahrung und die tatsächliche Verantwortung (und nicht die oft theoretische Verantwortung von Mitgliedern von Gremien von Institutionen mit rechtlicher oder tatsächlicher Staatshaftung und/oder weitgehend gesichertem Budget) nebst dem Zeitaufwand als Grundlagen für die Einstufung der verschiedenen Ämter genommen, so relativiert sich unter Umständen in vielen Fällen der Unterschied zwischen Ämtern, in denen eine ehrenamtliche Komponente erwartet wird, und solchen, wo diese Erwartung nicht besteht.

Die Anzugsstellenden erachten es als angebracht, dass die Regierung die Vergütungspraxis überprüft und falls nötig Anpassungen vornimmt.

Der Regierungsrat soll somit folgendes prüfen und dazu berichten:

1. Verfügt der Regierungsrat über eine Gesamtübersicht aller Vergütungen für die Mitarbeit in Gremien aller Art im Konsolidierungskreis des Kantons Basel-Stadt? Falls ja, sind die Kriterien, nach denen Vergütungen festgesetzt werden, aktuell und werden vom Regierungsrat oder anderen zuständigen Behörden durchgesetzt?
2. Falls keine solche Übersicht besteht und/oder Kriterien nicht festgesetzt sind, ist dann der Regierungsrat bereit, dies nachzuholen?
3. Wie legt der Regierungsrat den ehrenamtlichen Faktor fest, der zu einer Kürzung von Vergütungsansätzen gegenüber marktnahen Ansätzen führt?
4. Nach welchen Kriterien legt der Regierungsrat fest, für welche Gremien keinerlei ehrenamtliche Komponente in die Vergütung einfließt?
5. Führen Vergütungen, die einen grossen Ehrenamtsanteil reflektieren, zu (einzelnen) Rekrutierungsschwierigkeiten? Ist bei Gremien, die auch Nichtkantonsangehörigen offenstehen, die Durchsetzung eines Ehrenamtsanteils schwieriger?
6. Ist eine stärkere Systematisierung der Vergütungspraxis angezeigt? Falls ja, können im Konsolidierungskreis einzelne Anpassungen nach oben durch einzelne Anpassungen nach unten kompensiert werden, so dass konsolidiert keine Mehrbelastung resultiert?

David Jenny, Erich Bucher, Joël Thüring, Andreas Zappalà, Jeremy Stephenson, Christian von Wartburg, Felix W. Eymann, Sarah Wyss, Balz Herter, Stephan Mumenthaler, Luca Urgese, Catherine Alioth, Martina Bernasconi, Salome Hofer, Mark Eichner, Michael Wüthrich, Heinrich Ueberwasser, Katja Christ, Patricia von Falkenstein, Andrea Elisabeth Knellwolf, Tanja Soland, Beatriz Greuter, Beatrice Isler, Thomas Grossenbacher, Beat Braun, Christian C. Moesch, Franziska Reinhard, Claudio Miozzari

4. Anzug betreffend Aufhebung der fixen Koppelung des Headcount der Sozialhilfe Basel an die Fallzahlen

18.5226.01

Seit mehreren Jahren gilt für die Sozialhilfe Basel - im Gegensatz zu den anderen Dienststellen des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt - eine fixe Koppelung des Headcounts an die Fallzahlen.

Ursprung dieser Regelung bildete ein Anzug von Gabi Mächler und Konsorten (Nr. 04.7978.01), der dem Regierungsrat am 21. Oktober 2004 überwiesen, in der Folge mit Beschluss des Grossen Rates vom 10. Januar 2007 entgegen dem Antrag des Regierungsrats stehen gelassen und nach erneutem Bericht des Regierungsrats vom 8. Juli 2008 per 1. Januar 2009 umgesetzt wurde.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob diese Lösung den Steuerungsbedarf von Departement, Regierung und auch Grosse Rat richtig abbildet.

Die Finanzkommission bittet die Regierung daher, zu prüfen und zu berichten,

- ob dieser Automatismus aufgehoben und durch die sonst im WSU zur Anwendung gelangende, fall- und situationsbezogene Headcount-Planung ersetzt werden könnte
- bis wann sich eine solche Umstellung realisieren liesse.

Für die Finanzkommission: Patrick Hafner

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Machbarkeit eines trinationalen Formel E-Rennens im Kanton Basel-Stadt (Basel und Riehen) und im Gebiet des Trinationalen Eurodistricts Basel TEB

18.5229.01

Ich ersuche den Regierungsrat um Antworten auf folgende Fragen:

1. In Zürich findet am 9./10. Juni 2018 ein Rennen der ABB FIA Formel E statt (www.zurichprix.ch). Wie beurteilt er die generelle technische und rechtliche Machbarkeit eines solchen Formel E-Autorennens im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie ist es technisch und rechtlich generell machbar, dass ein solches Rennen im Gebiet zwischen den Roche Türmen und dem neuen Zentrum Riehen-Niederholz, z.B. unter Einbezug des Wettsteinplatzes, der Wettsteinallee, der Bäumlhofstrasse, der Hörnliallee und der Grenzacherstrasse durchgeführt werden könnte?
3. Wäre dies auf anderen Linienführungen besser machbar und ggf. auf welchen?
4. Wie wäre es später technisch und rechtlich generell machbar, den Basler Rheinhafen einzubeziehen?
5. Wie beurteilt er generell die technische und rechtliche Machbarkeit eines angestrebten Einbezugs Frankreichs und Deutschlands mit dem Ziel, ein trinationales Formel E-Rennen durchzuführen?
6. Wie beurteilt er den Nutzen für das Basler Standortmarketing und den Basler Tourismus?

Ich danke dem Regierungsrat im Voraus für seine Abklärungen und die Beantwortung der Fragen.

Heinrich Ueberwasser

2. Schriftliche Anfrage betreffend in Basel erarbeitete Projekte zum Erstsprachenerwerb

18.5230.01

Mit den Modellen "Sprach- und Kulturbrücke" sowie "St. Johann / Volta" entwickelte Basel-Stadt zwei schweizweit bekannte integrative Angebote für die Schulung der Herkunftssprachen. Ich erbitte vom Regierungsrat Auskunft darüber, wie diese Programme zur Zeit genutzt werden. Ebenfalls erbitte ich eine Information darüber, ob die Kosten für diese Projekte verhältnismässig sind und ob sie zunehmend sind bzw. ob Kostenzunahmen proportional zur teilnehmenden Schüleranzahl stehen oder überproportional anwachsen?

Sibylle Benz

3. Schriftliche Anfrage betreffend Fernbus-Haltestelle und Ein- und Ausstiegszone (analog derjenigen auf der Abflugebene des EuroAirports) an der Meret Oppenheim-Strasse

18.5231.01

Auf der Seite des Gundeldingerquartiers des Bahnhofs SBB besteht an der Meret Oppenheim-Strasse für Reisebusse eine Möglichkeit, Passagiere ein- und aussteigen zu lassen. Viele Buspassagiere werden mit privaten Personenwagen gebracht oder abgeholt, auch Zugreisende werden dort mit Personenwagen abgeholt oder zum Bahnhof gebracht.

Auf der Nordseite des Bahnhofs gibt es keine Zufahrtsmöglichkeit. Entsprechend ist diese Ein- und Ausstiegszone zu gewissen Zeiten stark frequentiert. Die Platzverhältnisse sind prekär, der Ort ist schlecht beleuchtet – nicht nur in der aktuellen Bauphase. Die Bus-Chauffeure müssen zum Teil von der Strassenseite her das Gepäck ein- oder ausladen. Buspassagiere müssen nicht selten auf die Fahrbahn, es kommt oft zu gefährlichen Situationen mit vorbeifahrenden Autos und Velos. Für eine Stadt, die für Touristen attraktiv sein will, ist dies schlecht. Es braucht zwingend Verbesserungen auch unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat die beschriebene Situation für geeignet, Passagiere zum Bus oder zur Bahn bringen zu können bzw. sie dort abzuholen?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahrensituation an diesem Ort ein?
3. Besteht Bereitschaft, die Situation vor Ort zu verbessern?
4. Wie können Verbesserungen aussehen?
5. Können zusätzlich auch an anderen Orten Möglichkeiten geschaffen werden, um Bahn- oder Busreisende ein- oder aussteigen zu lassen?

Patricia von Falkenstein

4. Schriftliche Anfrage betreffend Kosten der Poller-Pilotanlage Spalenberg

18.5232.01

Mit Regierungsratsbeschluss vom 10. April 2018 wurde dem Grossen Rat der Ratschlag Nr. 18.0387.01 betreffend "Erstellung weiterer Poller-Anlagen am Rand der Innenstadt" überwiesen. Das Geschäft ist gemäss Verzeichnis derzeit in der grossrätlichen UVEK hängig.

Im Ratschlag beantragt der Regierungsrat 2,555 Mio. Franken (davon 2,4 Mio. Franken einmalig) für die Errichtung von sieben Poller-Anlagen am Rande der Innenstadt sowie die Einrichtung einer zentralen Kommunikationsanlage. Wie der Regierungsrat in seinem Bericht ausführt, konnten mit der Pilotanlage am Spalenberg zwischenzeitlich die nötigen Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen werden, um einen Grundsatzentscheid für oder gegen weitere Poller-Anlagen zu fällen. Die Poller-Anlage am Spalenberg ist seit dem 4.1.2016 in Betrieb und regelt auf Höhe der Rosshofgasse die Zufahrt zur Kernzone der Innenstadt im Geviert Spalenberg/Heuberg/Unterer Heuberg/Gemsberg/Schnabelgasse. Die Anlage besteht aus einer Bediensäule und fünf Pollern, wovon zwei mechanisch versenkbar sind.

Gemäss Ratschlag des Regierungsrates (Seite 4/20 im Bericht) läuft "Nach der Optimierung weniger Einstellungen während den ersten Betriebswochen" die Anlage weitgehend störungsfrei. Der Regierungsrat schreibt weiter, dass eine Störung – "da es sich erst um eine einzelne Pilotanlage handelt" jeweils nur vor Ort erkannt und behoben werden kann, was nun aber dann mit dem vorliegenden Ratschlag geändert werden soll. Infolge von Vandalismus oder das Anfahren der Poller wurde die Pilotanlage in den vergangenen 2 ½ Jahren zudem verschiedentlich beschädigt. In der Folge musste die Anlage bis zu deren Reparatur/Funktionskontrolle jeweils kurz ausser Betrieb gesetzt werden. Während dieses Zeitraums war keine Zutrittskontrolle durch die Poller-Anlagen möglich.

Der Fragesteller befürwortet den von der Regierung beantragten Ratschlag ausdrücklich. Er ist lediglich etwas irritiert, dass die Testphase über zwei Jahre dauern musste, obschon vergleichbare Poller-Anlagen in anderen Städten inner- und ausserhalb der Schweiz (wie bspw. Bern, Baden, Ascona der Porto) schon seit Jahren in Betrieb sind.

Auffallend ist, dass die Poller-Anlage am Spalenberg gemäss Beobachtungen noch immer regelmässig – mindestens kurzzeitig – ausser Betrieb ist.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb dauerte die Testphase für die flächendeckende Einsetzung von Polleranlagen in Basel-Stadt (für ein eigentlich in anderen Städten bereits erprobtes System) über zwei Jahre, obschon auch die sicherheitspolizeilichen Bedürfnisse – welche im Ratschlag des Regierungsrates zusätzlich geltend gemacht werden – schon seit längerem bekannt sein sollten?
2. Wie hoch waren die Kosten für die Testphase der Pilotanlage Spalenberg bis zur Verabschiedung des Ratschlages durch den Regierungsrat insgesamt? (Bitte detaillierte Aufschlüsselung der Kosten).
3. Wie oft fiel die Poller-Anlage infolge von Störungen, Beschädigungen und Vandalismus seit Inbetriebnahme am 4.1.2016 aus und wie oft mussten deshalb Techniker vor Ort die Störung beheben? (Bitte die Ausfälle kategorisieren)?
4. Gab es auch längere Ausfälle der Anlage über jeweils mehr als einen Tag? Falls ja, wie viele?
5. Entstanden durch die Ausfälle gemäss Frage Nr. 3 für den Kanton Mehrkosten? Falls ja, wie hoch waren diese? Falls nein, waren diese Mehrkosten Bestandteil eines Servicevertrags?
6. Welche Firmen waren resp. sind für die Installation und die Wartung der Anlage zuständig?
7. Wurden diese Aufträge gemäss den kantonalen Vorgaben ausgeschrieben?

Joël Thüring

5. Schriftliche Anfrage betreffend Kunst am Bau

18.5234.01

Das Gundeli ist um ein Kunstwerk reicher. An der Liegenschaft Ecke Margarethenstrasse / Gundeldingerstrasse wurde eine Wandmalerei realisiert. Zum ausgewählten Projekt gibt es nichts zu sagen, denn über Geschmack und Auswahl lässt sich sowieso immer streiten.

Vielmehr gibt das gesamte Auswahlverfahren zu denken:

Die Abteilung Kultur des Präsidialdepartementes lancierte zusammen mit dem Baudepartement und der Kantons- und Stadtentwicklung das E-Voting: 62 Vorschläge wurden eingereicht. Die Jury wählte fünf Projekte aus. Die Bevölkerung durfte in der Folge ihre Stimme für eines dieser fünf Projekte abgeben - per Post oder via einem Internetlink.

Die Jury setzte sich aus der Kunstkreditkommission, dem Hausbesitzer und Vertretende aus dem Quartier zusammen.

Ärgerlich ist: 1'378 Stimmen aus dem Quartier wurden abgegeben. Die meisten Stimmen erhielt das Projekt "Totem". Die 1'378 engagierten Teilnehmenden des E-Votings hatten jedoch innerhalb der Jury lediglich die Kraft einer einzigen Jurystimme. Die Anderen entschieden sich für das in der Bevölkerung drittplatzierte Werk "Korkenzieher".

Fazit: Die Art und Weise dieses Vorgehens ist fragwürdig. Die Jury nahm den Bevölkerungswillen nicht ernst. Die Frage bleibt: brauchen wir solche Umfragen?

Die Unterzeichnende bittet die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Was hat das gesamte Projekt gekostet?
- Wieviele Stimmen erhielten die ersten drei Projekte je?
- Warum wurde die Bevölkerung befragt, wenn die Jury nicht willens ist, deren Meinung zu akzeptieren?
- Geht die Regierung mit mir einig, dass ein solches Vorgehen eine Alibiübung i.S. Mitbestimmung ist?
- Ist die Regierung bereit, die Konzeption weiterer solcher Befragungen zu unterlassen oder im besten Fall anzupassen und neu auszurichten?

Beatrice Isler

6. Schriftliche Anfrage betreffend Beflagung resp. Fahnenkonzept

18.5235.01

Eine äusserst effektive und entsprechend viel nachgefragte Werbemöglichkeit im öffentlichen Raum ist das Aufhängen von Flaggen. Der wahrscheinlich prominenteste Aushangort dafür ist in Basel die Mittlere Brücke.

Im Entwurf der Verordnung zur Nutzung des öffentlichen Raums (NöRV) war vorgesehen, die Beflagung für eine definierte Liste von Veranstaltungen (Art Basel, Baloise Session Basel, Basel Tattoo, Baselworld, CSI Basel, Schweizerische Mustermesse (Muba) und Swiss Indoors Basel) bewilligungsfrei zu machen. Aber eben nur für diese. In seiner Vernehmlassungsantwort zur NöRV hatte das Komitee Kulturstadt Jetzt gefordert, dass der Aushang von Flaggen generell bewilligungsfrei sein soll – nicht nur für diese Liste von Veranstaltungen. Alternativ sollten die Kriterien für Anlässe, welche bewilligungsfrei beflaggen dürfen, transparent gemacht werden. In der in Kraft gesetzten Verordnung gibt es die Auflistung nicht mehr – es wird auf ein "regierungsrätliches Fahnenkonzept" verwiesen (NöRV §12, Absatz 1, lit. c). Gemäss Erfahrungen von KulturveranstalterInnen kann man die Bewilligung für eine Beflagung im Zentrum nur mit viel Glück, Goodwill oder bei einem Jubiläum erhalten.

Dass eine Flaggen-Präsenz wichtiger Veranstaltung auf dem "Filetstück" Mittlere Brücke erwünscht ist, ist klar. Es erscheint mir aber als falsch, dass dabei einzelne Veranstaltungen von Privilegien profitieren können. Auch Veranstaltungen mit einem weniger grossen Budget sind prägender Teil des "Gesichts" der Stadt und sollten für sich werben dürfen. Als Beispiele seien das Open Air Basel, imFluss, em Bebbi sy Jazz, das Imagine Festival, das BScene oder der Summerblues genannt, die beim Verfahren um Beflagungs-Bewilligung meines Wissens benachteiligt sind.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden einzelne Veranstaltungen bei der Bewilligung für eine Beflagung bevorzugt? Wenn ja warum?
2. Gibt es transparente Kriterien, wie man als VeranstalterIn zu einem Platz für seine Fahnen kommt?
3. In welchen Spezialfällen ist ein Flaggenaushang auch für Veranstaltungen, die nicht auf der Liste sind, möglich?
4. Wie viele Anfragen gibt es jährlich für eine Beflagungs-Bewilligung?
5. Brauchen Grossveranstaltungen wie die Art Basel oder das Tattoo, die viele Touristen nach Basel locken, tatsächlich noch eine Bewerbung der Veranstaltung vor Ort? Ist diese Werbemassnahme nicht eher für Veranstaltungen interessant, von denen die TouristInnen oder MessebesucherInnen nicht sowieso wissen und die sie aber auch interessieren könnten?
6. Kann Basel-Stadt anderen Veranstaltungen mit grosser Ausstrahlungskraft alternative bewilligungsfreie Präsenz-Möglichkeiten anbieten?
7. Wie beurteilt die Regierung den Stellenwert eines Festivals wie Open Air Basel oder imFluss im Vergleich mit einer Baloise Session oder einem CSI Basel in seiner Bedeutung für die Stadt Basel (a) monetär, b) in Bezug aufs Standortmarketing und c) in Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung)?
8. Wie sorgt das regierungsrätliche Fahnenkonzept für eine gewisse Abwechslung und Durchmischung bei den Flaggenaushängen?
9. Ist der Regierungsrat bereit, das "regierungsrätliche Fahnenkonzept" öffentlich einsehbar und für Veranstalterinnen und Veranstalter leicht zugänglich zu machen? (Wenn nein, wieso nicht?)

Lisa Mathys

7. Schriftliche Anfrage betreffend Benachteiligung von Buben/Männern im Schulsystem

18.5244.01

In ihrem Publikationsorgan "Brise" vom November 2017 führt die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern (Gleichstellungsbüro) unter dem Titel "Fakten statt Behauptungen" im Bereich Bildungswesen ausführlich aus, wie Frauen in der wissenschaftlichen Karriere benachteiligt sind. Dabei stützen sich die Ausführungen auf die Broschüre "Facts und Figures 2017" und die dort abgebildeten Zahlen. Betreffend Erfolg im Bildungssystem ausser Acht

gelassen werden dabei die in derselben Broschüre aufgeführten Zahlen zu den Schulabschlüssen auf Sekundarstufe II sowie Abschlüsse auf Tertiärstufe. Ins Auge stechen dabei die geschlechtsspezifischen Missverhältnisse auf Sekundarstufe II. Die Gymnasiale Matur wird von gegen 58% Frauen abgeschlossen. Die Männer sind unerklärlich untervertreten, offenbar haben Männer strukturell geringere Chancen eine Matura abzuschliessen. Bei den übrigen Sekundarabschlüssen sind bei den höherwertigen (Fachmatur und Fachmittelschule) die Frauen jeweils gegen 80% stark übervertreten, während bei den weniger qualifizierenden (EFZ und EBA) die Männer leicht übervertreten sind. Alarmierend ist dann das Verhältnis beim "Ausweis nach Anlehre". Bei diesem Minimalabschluss sind die Männer mit über 90% extrem übervertreten.

Daraus könnte geschlossen werden, dass Männer in unserem Schul- und Ausbildungssystem strukturell und systematisch diskriminiert werden. Zumal die Basler Zeitung am 27. Juni 2018 (S. 17) über Zahlen des Statistischen Amtes Basel-Landschaft berichtet, die zeigen, dass in den Sonderklassen und der Sonderbeschulung die Männer mit jeweils um die zwei Dritteln (61% und 68%) massiv übervertreten sind. Die Publikation "Brise" erwähnt denn auch auf Seite 2, dass "Buben als sogenannte Bildungsverlierer in einem feminisierten Schulsystem" gelten.

Entgegen den Zahlen, Fakten und Aussagen in der "Brise", sind vom Gleichstellungsbüro keine Massnahmen zur Behebung der Diskriminierung von Buben und jungen Männern in der Volksschule ersichtlich. Im Jahresbericht 2017 berichtet das Gleichstellungsbüro von Massnahmen für eine familienfreundliche Wirtschaftsregion, für Lohngleichheit, für Angleichung der Berufswahl von Jungen und Mädchen und für das Rollenverständnis von Vätern. Auch auf der Homepage findet man keine Massnahmen zur Reduktion der Diskriminierung von Buben/Männern in Primar- und Sekundarschule. Das Gleichstellungsbüro berichtet von ihrer Arbeit im Bildungsbereich über die Thematisierung der geschlechtsspezifischen Berufswahl und von Geschlechterrollen sowie des Einbringens der Geschlechterperspektive in den staatlichen Finanzprozess. Im Gegenteil, auf der Homepage des Gleichstellungsbüros ist nachzulesen: "Insbesondere in der Volksschule können wir heute bei Mädchen und Buben von Chancengleichheit sprechen."

Während die Kinder also über ihre Rollen reflektieren sollen und das Gleichstellungsbüro die Chancengleichheit in der Schule als realisiert ansieht, werden nach den Facts und Figures Buben und junge Männer in der Volksschule strukturell teils massiv diskriminiert. Daher möchte ich dem Regierungsrat folgende Fragen stellen:

1. Ist das Präsidialdepartement effektiv der Meinung, dass die Chancengleichheit in der Volksschule gegeben ist, wenn bei der Matura nur 42% Männer vertreten sind und vor allem wenn die Absolventen eines Ausweises nach Anlehre zu über 90% Männer sind?
2. Ist der Anteil von über 90% Männern beim Ausweis nach Anlehre für das Gleichstellungsbüro nicht alarmierend? Oder wie ist diese Übervertretung zu erklären?
3. Ist das Gleichstellungsbüro auch der Meinung, wie in der "Brise" beschrieben, dass die Buben/Männer die Verlierer und damit das diskriminierte Geschlecht im Schulsystem sind?
4. Was zieht das Gleichstellungsbüro für Schlüsse daraus? Oder vertritt es die auf seiner Homepage publizierte Meinung, dass die Chancengleichheit erreicht sei?
5. Wie ist die systematische Benachteiligung der Männer bei der Matura zu erklären und welche Massnahmen sind diesbezüglich zu ergreifen?
6. Wird die aktuelle neue Regelung zum Übertritt in den Leistungszug P mit dem Ziel, die Gymnasialquote zu verringern, junge Männer zusätzlich strukturell benachteiligen? Das kann man allenfalls an der Zusammensetzung der Gruppe der bisher provisorisch eingeteilten Schülerinnen und Schülern ablesen, die nach neuer Regelung in den Leistungszug E zurückversetzt werden. Wie hoch war also der Anteil der Männer in dieser Gruppe?
7. Frauen erfahren gemäss "Brise" später im Lebens-/Karrierieverlauf geschlechtsspezifische Benachteiligungen, womit wohl die wissenschaftliche Karriere nach dem Universitätsabschluss gemeint ist. Während also privilegierte Frauen, die einen Universitätsabschluss gemacht haben, benachteiligt werden, sind die grundsätzlichen Bildungschancen von vielen Männern schon bereits in der Volksschule schlechter. Ist das Gleichstellungsbüro daher auch der Auffassung, dass die Diskriminierung von Männern in der Volksschule langfristige und tiefgreifende Folgen für die Karrieren der Männer hat und ihre Behebung daher eine gewisse Priorität geniessen sollte?
8. Ist das Gleichstellungsbüro daher bereit, seine Massnahmen im Bildungsbereich künftig auf die Behebung der Diskriminierung von Buben und jungen Männern in der Volksschule auf Stufe Primar und Sekundar zu fokussieren oder zumindest solche Massnahmen aufzunehmen? Wenn nein, warum nicht?

Ich danke dem Regierungsrat und im speziellen dem Gleichstellungsbüro für die Beantwortung meiner Fragen.

David Wüest-Rudin